

DGB: Orts- und Bürgernähe Vorrang geben

Aus produktionstechnischen Gründen konnte die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land NRW (Drs. 8/4461) in der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ nicht mehr wiedergegeben werden. Der DGB erklärt zu dem Gesetzentwurf in Auszügen:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk NRW, muß nach Prüfung des von der Landesregierung unterbreiteten Gesetzentwurfes zur Ausführung des Arbeitsgerichtsgesetzes im Lande NRW mit Betroffenheit feststellen, daß die zu früheren Vorlagen des Gesetzgebungsvorhabens geäußerten eindringlichen Bedenken und die im einzelnen unterbreiteten Änderungsvorschläge im wesentlichen unbeachtet geblieben sind. Mit dem Vorhaben, die Arbeitsgerichte Herne, Siegburg und Solingen aufzulösen, würde dem sogenannten Prinzip der Deckungsgleichheit die uneingeschränkte Priorität gegenüber dem Grundsatz der Orts- und Bürgernähe der Arbeitsgerichtsbarkeit eingeräumt. Die berechtigten Interessen und Belange der arbeitenden Bevölkerung nehmen hierdurch in nicht vertretbarer Weise Schaden.“ Bei einem Spannungsverhältnis gegenüber dem Prinzip der Deckungsgleichheit muß nach Auffassung des DGB dem Grundsatz der Orts- und Bürgernähe der Arbeitsgerichtsbarkeit Vorrang gegeben werden.

Landeshaushalt 1980

Fortsetzung von Seite 14

gen im allgemeinen Mietwohnungsbau gefördert werden. Für den kommunalen Steuerverbund sieht der Etatentwurf 8,723 Milliarden DM vor. Das bedeutet mit 494 Millionen DM eine Steigerung gegenüber 1979 um 6 Prozent. Nach Auffassung des Finanzministers ist dabei für die Gemeinden von besonderer Bedeutung, daß die Schlüsselzuweisungen, die ohne jede Zweckbindung zur Verfügung gestellt werden, mit 7 Prozent überproportional ansteigen. Außerdem sei die Investitionspauschale um 100 auf 300 Millionen DM angehoben worden, wurde betont.

An Steuereinnahmen sind im Entwurf 35,1 Milliarden DM ausgewiesen. Die Steigerung beläuft sich gegenüber 1979 mit 2,64 Milliarden DM auf 8,1 Prozent. Nach Pössers Einschätzung können mit diesen Steuergeldern 68,5 Prozent der Gesamtausgaben des Landes finanziert werden. Der Rest muß durch Bundeszuweisungen, Verwaltungseinnahmen und Schuldannahmen am Kreditmarkt gedeckt werden. Die Einbringung des Haushalts 1980 erfolgt nach dem bisherigen Zeitplan am 17. Oktober dieses Jahres. Die Beratung in erster Lesung schließt sich am 24. und 25. Oktober an. Für die zweite Lesung sind der 6. und 7. sowie für die dritte Lesung der 27. und 28. Februar 1980 terminiert.

Porträt der Woche

Seine Parteifreunde drängten ihn zum Bleiben – doch vergebens. „22 Jahre sind eine hinreichend lange Zeit, da sollte man anderen den Platz räumen“, meint Peter Giesen (58), seit 1958 jeweils direkt gewählter CDU-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Grevenbroich II. Und der engagierte Landespolitiker nennt noch einen anderen, persönlichen Grund für seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei den Landtagswahlen im nächsten Frühjahr: „Meine Frau hat jetzt einen Anspruch auf mich.“

Denn Peter Giesen, der in dieser Legislaturperiode gleich „vierfacher Opa“ geworden ist, schont sich nicht trotz seines schweren Kriegsleidens, sieht sein Mandat als eine ständige Verpflichtung. „Ein Abgeordneter kann sehr vielen Menschen helfen.“ Den von der Gesetzeslawine verunsicherten Bürgern unter die Arme zu greifen, „Briefträger des kleinen Mannes“ zu sein, das bezeichnet der Parlamentarier als Schwerpunkt seiner Tätigkeit. „Und dafür wurden wir ja auch gewählt.“

So hatte sich der gleichzeitige Kommunalpolitiker besonders darüber gefreut, daß seine Fraktion ihn nach der Wahl 1975 in den Petitionsausschuß des Landtages entsandte, dessen Vorsitzender er seitdem ist. Während seines dortigen Wirkens wurden die Befugnisse des Gremiums wesentlich erweitert und das Petitionsbüro personell verstärkt. Derzeit wenden sich jährlich etwa 5000 Bürger mit Eingaben hilfesuchend an diesen Ausschuß. „Wir rechnen damit, daß wir am Ende dieser Legislaturperiode ebensoviele Petitionen haben werden, wie in den ersten sechs Wahlperioden zusammen.“ Wie vielen Bürgern geholfen worden ist, können Statistiken kaum erfassen.

Vor seiner Berufung in den Petitionsausschuß schlug sich Giesens landespolitisches Engagement im Ausschuß für Schule und Kultur nieder. Bis zur Novellierung des Landesrechtsstellungsgesetzes 1975 selbst als Schulleiter tätig, setzte sich der Parlamentarier dafür ein, daß den von ihrer sozialen Herkunft benachteiligten Jugendlichen bessere Bildungsmöglichkeiten eröffnet werden. Ebenso entschieden widersprach der CDU-Politiker aber auch dem „Blödsinn“ (so er selbst), daß das Bildungspotential eines Volkes an der Zahl seiner Abiturienten zu messen sei. So beklagt der Pädagoge, daß die berufliche Bildung noch immer nicht den Stellenwert hat, der ihr gebührt.



Peter Giesen (CDU)

Von scharfem, bisweilen bissigen Intellekt, lernte Giesen vor allem während der bildungspolitischen Debatten im Landtag manch' Widersacher das Fürchten. Doch der „Ur“-Rheinländer mit einer Portion schlagfertigen Humors gebraucht dabei das Florett, nie den Säbel. Den politischen Gegner verwirren, vielleicht sogar überzeugen, aber nicht verletzen.

Rückblickend auf gut zwei Jahrzehnte Parlamentarismus am Düsseldorfer Schwanenspiegel bedauert Giesen, daß die menschlichen Kontakte zwischen den Abgeordneten schwinden, die Gesprächsbereitschaft außerhalb der offiziellen Termine geringer geworden ist, auch die mit dem politischen Gegner. Im gleichen Maße wächst aber nach Ansicht Giesens die Zahl jener Kollegen, „die ihrem eigenen Erfolg nachgehen“. Auf die Dauer sei diese Entwicklung für den Parlamentarismus schädlich. Trotzdem – „ich werde mit einer gewissen Wehmut scheiden“.

Nach dem Abschied von der landespolitischen Bühne will sich Peter Giesen langgehegte Reisewünsche erfüllen, will öfters als heute ein Geschichtsbuch zu Hand nehmen. „Eine Rückschau in die Vergangenheit hat manch einen Wert.“ Doch seine Freizeit wird nicht unbegrenzt sein. Die CDU in Jüchen hat den Bürgermeister Peter Giesen wieder als Spitzenkandidat für die Kommunalwahlen im September nominiert.

Coudenhove-Kalergi meinte einmal: „Die Triebfeder der Politik ist meist Eitelkeit, Ehrgeiz, Machtwille, nur selten Habsucht und noch seltener der uneigennütige Wille, einer Idee oder einer Menschengruppe zu dienen.“ Der Gründer der Paneuropa-Bewegung hat sicherlich zu pessimistisch geurteilt.

Jochen Juretko